

Anna Hansen Haugan

Populismus und Pandemie:

Die Alternative für Deutschland und
ihre Reaktion auf die Coronakrise.

Bacheloroppgave i tysk
Veileder: Helge Jordheim

Juni 2021

Anna Hansen Haugan

Populismus und Pandemie:

Die Alternative für Deutschland und
ihre Reaktion auf die Coronakrise.

Bacheloroppgave i tysk
Veileder: Helge Jordheim
Juni 2021

Norges teknisk-naturvitenskapelige universitet
Det humanistiske fakultet
Institutt for språk og litteratur



Kunnskap for en bedre verden

Zusammenfassung:

Die Coronakrise 2020 hat nicht nur viele Leben gekostet, sondern auch zu drastischen Maßnahmen für mehrere Länder geführt. In Deutschland hat die rechtspopulistische Partei AfD mehrmals von großen gesellschaftlichen Krisen profitiert. Bei der Bundestagswahl 2017 gelang es ihnen, nach der Flüchtlingskrise 2015 mit einer populistischen Politik mehrere Millionen Stimmen zu mobilisieren (Arzheimer & Berning, 2019). Eine neue Populismusumfrage zeigt jedoch, dass Populismus bei den Wählern weniger populär geworden ist (Vehrkamp & Merkel, 2020). Wie reagiert die Partei dann angesichts der heutigen Krise? Diese Arbeit widmet sich der Frage, wie die AfD auf die Coronakrise reagiert, und ob die Partei dadurch mehr oder weniger populistisch wird. Um diese Fragestellung zu erörtern, wird eine qualitative Inhaltsanalyse von sowohl formellen politischen Kommunikationsformen wie Reden im Bundestag und Texten auf der Website der AfD als auch Beiträgen auf sozialen Medien wie Instagram und Youtube durchgeführt. Basierend auf drei Kriterien für den Populismus nach Vehrkamp und Merkel (2020) zeigen die Ergebnisse dieser Arbeit, dass die AfD angesichts der Coronakrise in einer rechtspopulistischen Linie fortfährt, in der sie die Regierung dafür kritisiert, dass sie den Bürgern ihre Rechte beraubt, eine Machtverschiebung von Politikern zum Volk fordert, und eine klare Trennung zwischen dem guten Volk und den sogenannten Anderen schafft.

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|----|
| 1. Einleitung | 3 |
| 2. Populismus definieren und konzeptualisieren | 4 |
| 2.1. Anti-Establishment | 6 |
| 2.2. Pro-Volkssouveränität | 7 |
| 2.3. Anti-Pluralismus | 8 |
| 3. Methodische Überlegungen | 9 |
| 4. Die Reaktion der AfD auf die Corona-Krise | 10 |
| 4.1. Erste Periode: Unmittelbare Krisenreaktion | 10 |
| 4.2. Zweite Periode: Andauernder Zustand | 14 |
| 4.3. Dritte Periode: Der Anfang des Endes? | 16 |
| 5. Eine populistische Krisenreaktion? | 18 |
| 5.1. Das wahre Volk und die korrupten Eliten? | 18 |
| 5.2. Der gesunde Menschenverstand zuerst? | 20 |
| 5.3. Die Forderung eines homogenen Volkes? | 21 |
| 5.4. Drei Populismuskriterien - eine Bilanz | 23 |
| 6. Schlussfolgerung | 24 |
| 7. Literaturverzeichnis | 25 |
| 7.1. Forschungsliteratur | 25 |
| 7.2. Quellen | 27 |

1. Einleitung

Die Alternative für Deutschland (AfD) hat trotz ihrer kurzen Lebenszeit mehrere Krisen erlebt. Die Partei wurde 2013 als Reaktion auf den Versuch der Regierung gegründet, den Euro während der Eurokrise zu retten. Die AfD befand sich damals aufgrund ihres Nationalismus, ihrer Haltung gegen Gender Mainstreaming sowie ihres Marktliberalismus am äußersten rechten Ende des politischen Spektrums Deutschlands (Arzheimer, 2015). Obwohl die AfD kurz nach ihrer Gründung in mehrere Landesparlamente gewählt wurde, hat sie es bei ihrer ersten Bundestagswahl im Jahr 2013 nicht geschafft, die fünfprozentige Hürde zu überschreiten.

Die sogenannte Flüchtlingskrise, die 2015 ausbrach, änderte sowohl die Politik als auch die Unterstützung der AfD. Nach Spaltungen innerhalb der Partei wurde die Aufmerksamkeit mit einer neuen nationalkonservativen Führung von Marktliberalismus und Euroskepsis auf Einwanderung und fremdenfeindliche Appellen verlagert. Populismus wird daher oft als Bezeichnung verwendet, um die Rolle der Partei in der deutschen politischen Öffentlichkeit zu verstehen. Als Folge dieser Änderung wurde sie damit bei der Bundestagswahl 2017 die drittgrößte Partei Deutschlands (Spies et al., 2018; Arzheimer & Berning, 2019).

Die Coronakrise 2020 stellte die Partei dagegen vor Herausforderungen. Diese Krise besteht einerseits aus dem tödlichen SARS-CoV-2-Virus, das sich weltweit verbreitet und zu einer Pandemie geworden ist (WHO, 2020). Dieselbe Krise besteht andererseits auch aus den Folgen der mehreren Maßnahmen und Lockdowns zur Bekämpfung des Virus. Als Kontrast zur Flüchtlingskrise haben populistische Parteien von der Pandemie nicht viel profitiert (Brubaker, 2020; Mudde, 2020; Lembcke, 2020). Während die Umfrage *Populismusbarometer 2018* aufdecken konnte, dass jeder dritte Wahlberechtigte im Jahr 2018 populistisch eingestellt war (Vehrkamp & Merkel, 2018), zeigt die gleiche Umfrage zwei Jahre später, dass nur jeder fünfte Wähler populistischen Positionen zustimmt (Vehrkamp & Merkel, 2020). Obwohl aus diesen Zahlen hervorgeht, dass die Welle des Populismus in Deutschland nachgelassen hat, kann man noch nicht damit schließen, dass sie vollständig gebrochen ist. Laut Vehrkamp und Merkel (2020) ist die populistische Anziehungskraft in Deutschland immer noch vorhanden.

Da vieles darauf hindeutet, dass immer weniger Deutsche empfänglich für eine populistische Politik sind, ist es interessant zu untersuchen, inwieweit die AfD als größte Oppositionspartei in einer populistischen Richtung weitergeht. Was passiert mit einer Partei wie die AfD angesichts einer Pandemie? Wird sie davon radikaler oder lässt der populistische Ton nach?

Die Reaktion mehrerer Behörden, Parteien und Politiker auf die Pandemie wurde bereits in mehreren Ländern untersucht (Lasco, 2020; Bubba & Hubé, 2020). Weniger haben dagegen erörtert, inwiefern Parteien oder andere politische Akteure davon mehr oder weniger populistisch geworden sind. Diese Arbeit widmet sich deshalb der Frage, wie die AfD auf die Coronakrise reagiert, und ob die Partei dadurch mehr oder weniger populistisch wird.

Die Arbeit gliedert sich in vier Teile. Im ersten Teil wird der Populismus als Begriff definiert und konzeptualisiert. Dabei werde ich mich auf Anti-Establishment, Pro-Volkssouveränität und Anti-Pluralismus stützen, die als Vehrkamp und Merkels (2020) drei Kriterien für den Populismus gelten. Dann folgt im zweiten Teil eine kurze Darstellung der verwendeten Methode, bevor ich im dritten Teil die Untersuchungsgegenstände der Arbeit vorstelle und diskutiere. Diese bestehen aus der Reaktion der AfD auf die Corona-Pandemie und sind in drei Perioden unterteilt. Schließlich werde ich diese drei Perioden analysieren, und untersuchen, inwieweit die unterschiedlichen Kriterien des Populismus vorhanden sind.

2. Populismus definieren und konzeptualisieren

Obwohl die meisten Politikwissenschaftler der Meinung sind, dass die Alternative für Deutschland eine rechtspopulistische Partei ist (Arzheimer & Berning, 2019; Hansen & Olsen, 2018; Spies et al., 2018), gibt es weder in der öffentlichen Debatte noch in der Forschungsliteratur Konsensus darüber, wie man Populismus operationalisiert.¹ Meny und Surel (2002) zufolge, behauptete Isaiah Berlin vor Jahrzehnten, dass der Populismus unter einem Aschenputtel-Komplex leidet. Es gibt einen Schuh – in Form vom Populismus – aber keinen Fuß, der dazu passt. Im Nachhinein wurden in der Forschungsliteratur mehrere Füße entwickelt, um zu klären, was unter Populismus zu verstehen ist. Hier wird der Begriff unter anderem als dünne Ideologie (Mudde, 2004; Stanley, 2008), politische Kommunikation (Jagers & Walgrave, 2007) und politische Logik (Laclau, 2005) beschrieben.

Der Hauptgrund dafür, dass es keine universelle Definition des Begriffes gibt, besteht laut Engesser, Ernst, Esser und Büchel (2016) daraus, dass Populismus sich je nach Kontext unterschiedlich manifestiert. Sowohl linksradikale Präsidenten in Latein-Amerika als auch rechtsradikale Parteien in Europa werden als populistisch bezeichnet. In einem europäischen

¹In den ersten Lebensjahren der AfD gab es kein Konsensus in der Forschungsliteratur darüber, ob sie als populistisch bezeichnet werden konnte. Nach der sogenannten Flüchtlingskrise 2015 und den darauffolgenden Spaltungen innerhalb der Partei haben mehrere Studien trotzdem ergeben, dass die AfD sich von einer marktliberalen und euroskeptischen Partei zu einer eindeutig populistischen Partei gewandelt hat (Arzheimer & Berning, 2019; Hansen & Olsen, 2018; Spies et al., 2018).

Kontext wird Populismus oft mit Widerstand gegen Einwanderung und Fremdenfeindlichkeit gleichgesetzt, während er sich in Lateinamerika häufig auf Klientelismus und wirtschaftliches Missmanagement bezieht. Auch in den USA werden Politiker sowohl am linken als auch am rechten Rand der Politik als Populisten bezeichnet (Mudde & Kaltwasser, 2017).

Populismus wird mit anderen Worten häufig von Einzelfällen und Ereignissen bestimmt. Daher ist es entscheidend, notwendige kontextuelle Abgrenzungen zu machen, um den Populismusbegriff sinnvoll diskutieren zu können. In dieser Arbeit beschränkt sich die Diskussion über Populismus auf eine europäische Perspektive, insbesondere auf die Coronapandemie in Deutschland und die Reaktion der Alternative für Deutschland darauf. Trotz dieser Abgrenzungen kann Populismus viele Formen annehmen. Um diese unterschiedlichen Manifestationen einzubeziehen, wird der Begriff in dieser Arbeit nach der Bertelsmann-Studie als ein bestimmtes Verständnis von Demokratie und Politik verstanden, das Anti-Elitismus, Volkssouveränität und Anti-Pluralismus voraussetzt (Vehrkamp & Merkel, 2020).

In Übereinstimmung mit Mudde (2004) und Stanley (2008) weiterentwickeln Vehrkamp und Merkel (2020) den ideologischen Ansatz von Populismus. Der Populismus wird durch diesen Ansatz als eine dünne Ideologie verstanden, die politischen Akteuren die Flexibilität gibt, ihn mit einer vollständigeren Ideologie wie beispielsweise Nationalismus, Sozialismus oder Liberalismus zu bereichern. Der Populismus beschränkt sich also mit anderen Worten nicht auf eine dieser bereits etablierten Ideologien, sondern lässt sich mit mehreren davon verbinden (Vehrkamp & Merkel, 2020). Ihr Konzept von Populismus als ein bestimmtes Verständnis von Politik und Demokratie setzt drei unterschiedliche Kriterien voraus.

Erstens besteht dieses Verständnis von Populismus aus einer Unterscheidung zwischen dem Volk und den Eliten. Durch die Anti-Establishment-Dimension hat man auf der einen Seite das wahre Volk. Andererseits hat man die korrupten Eliten, die ihre eigenen Interessen vor die des Volkes stellen. Weiter besteht das Populismuskonzept Vehrkamp und Merckels (2020) in der Pro-Volkssouveränität-Dimension daraus, dass das Volk und ihr gesunder Menschenverstand so viel wie möglich die Entscheidungsträger der Gesellschaft sein sollen. Schließlich wird im Populismusbegriff Vehrkamp und Merckels die Idee eines reinen Volks geschätzt. Durch die Anti-Pluralismus-Dimension wird nämlich betont, dass Populisten das Volk als eine homogene kulturelle und ethnische Einheit sehen (Vehrkamp & Merkel, 2020).

Um etwas als populistisch zu charakterisieren, müssen laut Vehrkamp & Merkel (2020) diese drei Kriterien gleichzeitig vorhanden sein. Es geht mit anderen Worten um eine Interdependenz, wo alle diese Kriterien – Anti-Establishment, Pro-Volkssouveränität und Anti-Pluralismus – entscheidend für den Populismus sind. Um zu analysieren, inwieweit die Reaktion der AfD auf die Corona-Pandemie als populistisch charakterisiert werden kann, werde ich in den folgenden Kapiteln näher auf die Bedeutung der verschiedenen Kriterien eingehen. Hier gehe ich von ihrer Typologie und Einteilung in drei Dimensionen aus. Gleichzeitig beziehe ich auch zusätzliche Populismusliteratur mit ein, die für einen erhöhten Einblick in die unterschiedlichen Populismuskriterien sorgen kann.

2.1. Anti-Establishment

Trotz fehlendem Konsensus innerhalb der Populismusliteratur beinhalten die meisten Definitionen laut Mudde (2004) die Beziehung zwischen einem bestimmten „Volk“ und einer gewissen „Elite“. Er argumentiert dafür, dass die Gesellschaft in zwei homogene und antagonistische Gruppen getrennt ist, nämlich in das reine Volk und die korrupten Eliten. Diese Trennung ist normativ und nicht notwendigerweise auf Verhalten oder Einstellungen bezogen. Der Populismus präsentiert nämlich eine dualistische Sichtweise, in der es nur Freunde – das Volk – und Feinde – die Eliten – gibt. Gegner sind nicht nur Menschen mit unterschiedlichen Werten oder Prioritäten, sie sind den Populisten zufolge durchdrungen böse (Mudde, 2004).

Die Eliten sind also die Feinde des Populismus. Der Elitenbegriff des Populismus ist aber breit gefächert. Es gibt sowohl die politischen, wirtschaftlichen als auch die kulturellen Eliten, sowie die Medieneliten, die zusammen als eine homogene, korrupte Gruppe dargestellt werden, die gegen die Interessen des Volkes arbeitet. Die Eliten werden somit aufgrund ihrer Macht definiert, indem sie aus Menschen mit führenden Positionen in Politik, Wirtschaft, Medien und kulturellem Leben bestehen (Mudde & Kaltwasser, 2017). Das populistische Elitenkonzept wird im Zusammenhang mit der Coronapandemie noch weiter ausgebaut, bei der die sogenannten wissenschaftlichen Eliten und ihre Expert*innen zunehmend an Einfluss gewonnen haben (Lavazza & Farina, 2020).

Vehrkamp und Merkel (2020) zufolge, argumentieren populistische Akteure dafür, dass die Eliten nur vorgeben, den Interessen des wahren Volkes zu folgen. Den Populisten zufolge stellen sie ihre eigenen Interessen in den Vordergrund, anstatt die Interessen des Volkes zu vertreten. Den Eliten wird also vorgeworfen, sie hätten das Volk verraten und ihre Rechte ungerechtfertigt kontrolliert (Jansen, 2011). Durch diesen Missbrauch der Macht haben die

Eliten die Demokratie verzerrt und ausgebeutet. Deshalb sind sie mit negativen Eigenschaften wie korrupt, ausbeuterisch und inkompetent ausgestattet (Albertazzi & McDonnel, 2008; Meny & Surel, 2002).

Die meisten Oppositionsparteien kritisieren sitzende Politiker und ihre Politik. Dies bedeutet jedoch nicht unter allen Umständen, dass alle politische Akteure populistisch sind. Laut Müller (2016) werden Populisten nicht nur Eliten kritisieren, sondern auch die Legitimität gewählter Vertreter ablehnen. Sie zweifeln also nicht nur an den Politikern oder ihrer Politik auf Akteur-Ebene, sondern auch an den demokratischen Verfahren und Institutionen, die sie an die Macht gebracht haben. Populistische Akteure behaupten deshalb, nur sie könnten die Interessen des Volkes vertreten (Müller, 2016).

2.2. Pro-Volkssouveränität

Wie bereits im vorigen Unterkapitel erwähnt, haben Populisten oft ein geringes Vertrauen in Politiker, die an der Macht sitzen. Sie behaupten, im Namen des unterdrückten Volkes zu sprechen, und wollen es befreien, indem sie das Volk auf ihre Unterdrückung aufmerksam machen. Populistische Akteure argumentieren dafür, dass das allgemeine Bewusstsein des Volkes und der sogenannte gesunde Menschenverstand die Grundlage für gute Politik legen (Mudde, 2004). Genau diesen Gemeinsinn und den wahren Wille des Volkes ist es für einen Populisten entscheidend zu erkennen, sodass sie oder er diesen repräsentieren kann (Müller, 2016).

Populisten verlangen demzufolge eine direkte Demokratie, in der die sogenannte Volkssouveränität herrscht. Diese Forderung besteht darin, dass das Volk, anstatt den angeblich korrupten Eliten an der Macht, im größeren Maße die Entscheidungsträger bei wichtigen Fragen sein soll. Auf diese Weise muss der Wille des Volkes nicht durch die Vertreter und ihre unreinen Parteiinteressen gehen. Stattdessen kann die Herrschaft des Volkes ohne institutionelle Einschränkungen verwirklicht werden (Vehrkamp & Merkel, 2020). Diese populistische Weltanschauung steht im Kontrast zum sogenannten Elitismus, der dafür argumentiert, dass das Volk nicht in der Lage ist, wichtige Entscheidungen für die Gesellschaft selbst zu treffen. Stattdessen argumentiert er dafür, dass diese Arbeit von der moralischen Elite getroffen werden muss (Mudde, 2004).

In der Corona-Krise haben dagegen medizinische Experten an Einfluss gewonnen. Virologen, Epidemiologen, andere Wissenschaftler und Statistiker haben maßgeblich dazu beigetragen, Maßnahmen zur Bekämpfung der Ausbreitung des Coronavirus vorzuschlagen (Lavazza &

Farina, 2020). Lasco und Curato (2019) unterscheiden zwischen einer technokratischen Reaktion, in der sich Entscheidungsträger auf Expertise und Forschung stützen, um öffentliche Anliegen zu beruhigen, und einer populistischen Reaktion, in der das Volk sich gegen das gescheiterte und nicht vertrauenswürdige Establishment stellt. Laut Lasco (2020) kann die Reaktion der deutschen Bundesregierung auf die Pandemie als medizinisch-technokratisch bezeichnet werden, da die Behörden Entscheidungen auf der Grundlage von Expertise und Forschung getroffen haben. Diese Reaktion auf die Krise gilt also als Kontrast zur populistischen Idee, dass der allgemeine Volkswille von zentraler Bedeutung für Entscheidungsprozesse sein soll. Nur diesem können die Populisten vertrauen - und nicht den wissenschaftlichen Eliten.

Der Populismus verwendet also zwei Konzepte über das Volk. Auf der einen Seite wird das Volk wie zuvor skizziert, politisch durch die Volkssouveränität definiert. Mit anderen Worten als der legitime Quelle der Machtausübung in einer demokratischen Gesellschaft (Mudde & Kaltwasser, 2017). Auf der anderen Seite wird das Volk auch von den Populisten als eine kulturelle und ethnische Einheit definiert, worauf im nächsten Teil näher eingegangen wird (Vehrkamp & Merkel, 2020).

2.3. Anti-Pluralismus

In einer Zeit, die von Globalisierung und zunehmend verschwommenen Grenzen geprägt ist, erwecken die Populisten mit ihrem „wir“ den Eindruck, dass es eine eindeutige Zugehörigkeit und klar definierte Grenzen gibt (Müller, 2016). Das Volk als eine annähernd homogene Gruppe hat den Populisten zufolge fast identische Einstellungen, Interessen und Werte, die im Gegensatz zu den Gruppen stehen, die nicht zu dieser gewissen Majorität gehören (Jagers & Walgrave, 2007). Populisten behaupten gerne, sie seien „das Volk“. Gleichzeitig behaupten sie auch, dass nur sie das Volk vertreten können. Auf diese Weise wird jeder, der anders denkt als illegitim eingestuft (Müller, 2016).

Populisten betrachten nicht nur Minderheiten als Außenseiter des Volkes. Vehrkamp und Merkel (2020) zufolge, fassen populistische Akteure kollektive Diskussionen als Spannungen zwischen dem „guten und wahren Volk“ auf der einen Seite, und den „korrupten und bösen“ Eliten auf der anderen Seite auf (S. 21). Dies hängt damit zusammen, dass die populistische Weltanschauung dualistisch und nicht dazu fähig ist, Abstufungen oder Differenzierungen zu unternehmen. Sowohl das Volk als auch die Eliten werden durch populistische Augen als homogene Einheiten gesehen, die das Gute und das Böse repräsentieren (Vehrkamp & Merkel,

2020). Während die Eliten als Bedrohung von oben durch die sogenannte vertikale Dimension angesehen werden, werden diejenigen, die keine Interessen und Werte mit dem Volk teilen, und daher außerhalb des Volkes stehen, als Gefahr durch die horizontale Dimension angesehen (Jagers & Walgrave, 2007).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass diese drei Kriterien für den Populismus als eine methodische Präzisierung dient, was im nächsten Teil ausführlicher vorgestellt wird.

3. Methodische Überlegungen

Um die Fragestellung dieser Arbeit zu untersuchen, wie die AfD auf die Pandemie reagiert, und ob die Partei dadurch mehr oder weniger populistisch wird, wird eine qualitative Inhaltsanalyse durchgeführt. Basierend auf den drei Kriterien des Populismus von Vehrkamp und Merkel (2020) wird untersucht, ob sich Populismus in der bislang elfmonatigen Reaktion der AfD auf die Corona-Krise manifestiert. Qualitative Inhaltsanalysen können laut Grønmo (2016) sowohl aus Texten und Zahlen als auch aus Laut und Bildern bestehen. Die Reaktion der AfD auf die Pandemie besteht daher sowohl aus Beiträgen in formellen politischen Kommunikationsformen wie Reden im Bundestag und Texte auf der offiziellen Website der Partei als auch aus Beiträgen in sozialen Medien wie Instagram und Youtube.

Die in die Analyse einbezogenen Quellen basieren sich auf einer strategischen Auswahl, die für theoretische Zwecke am relevantesten und interessantesten zu untersuchen sind (Grønmo, 2016). In diesem Fall handelt es sich um die Corona-bezogenen Beiträge, die die AfD im Zusammenhang mit der Pandemie veröffentlicht hat. Obwohl einige der Quellen auf Aussagen von Einzelpersonen in der Partei beruhen, gehe ich in dieser Arbeit davon aus, dass jeder, der die AfD vertritt, eine gemeinsame Front hat. Mit anderen Worten werden sowohl die Aussagen von Einzelpersonen in Reden als auch verschiedene Kampagnen oder Beiträge auf Instagram als Teil der gemeinsamen Reaktion der AfD auf die Pandemie angesehen.

Da die Coronakrise im März 2020 begann und zum Zeitpunkt des Schreibens noch andauert, ist die Auswahl an Material von März 2020 bis April 2021 begrenzt. Es ist ein umfangreiches Material zu untersuchen, da die AfD dessen nicht fremd ist, frequent in ihren verschiedenen Kanälen zu veröffentlichen. Um das Material zu sortieren, ist es daher in drei Perioden unterteilt. Diese Periodisierungen basieren sich auf externen Faktoren in Form von Entwicklungen in Deutschland in Bezug auf unter anderem Infektionsraten, Maßnahmen und Lockdowns. Dies liegt daran, dass die Aufmerksamkeit der AfD auf die Pandemie in ihren Kanälen am größten war, wenn die Infektionsraten auch hoch waren.

Ausgangspunkt für die Periodisierungen ist daher die Zeit um den ersten und zweiten Lockdown 2020 sowie die Zeit nach Weihnachten, in der Deutschland besonders von neuen Virusmutanten betroffen wurde, die zu einer weiteren Verlängerung des zweiten Lockdowns geführt hat. Die erste Periode erstreckt sich demzufolge von März bis Mai 2020, als das Virus zum ersten Mal nach Deutschland gelangte und zum ersten Lockdown führte (Lembcke, 2020). Da sowohl Infektionsraten sanken als auch die Maßnahmen in den Sommermonaten weniger restriktiv wurden, wird der Sommer in keiner der Perioden einbezogen, weil die Agenda der AfD von der Krise nicht besonders betroffen war. Aus diesem Grund wird die zweite Periode auf Oktober verschoben, als die Aufmerksamkeit der AfD für die Krise im Einklang mit den Infektionsraten und dem daraus resultierenden Lockdown wieder stark stieg (Steffen, 2020). Die letzte Periode ist von Januar 2021 bis einschließlich April 2021 festgelegt, da im Januar aufgrund der immer noch steigenden Infektionsrate und neuer Virusmutanten beschlossen wurde, den zweiten Lockdown zu verlängern (Bundesregierung, 2021).

Laut Tjora (2017) sollte man die Gültigkeit und Zuverlässigkeit qualitativer Methoden berücksichtigen. Eine Schwäche dieser Arbeit in Bezug auf die Zuverlässigkeit besteht darin, dass die Auswahl der Quellen von meiner subjektiven Wahrnehmung abhängt, welche Beiträge für die Reaktion der Partei repräsentativ sind. Auf diese Weise können relevante Beiträge für die Fragestellung weggelassen werden. Hingegen wird die Verwendung von Primärquellen zur Messung der Reaktion der Partei eine Stärke für die Gültigkeit der Methode sein, da diese Untersuchungsgegenstände aus den eigenen Worten der Partei bestehen. Man kann dafür argumentieren, dass diese Methode den Meinungen der Partei am nächsten kommt, anstatt Sekundärquellen über die Reaktion der AfD zu verwenden, die beispielsweise von Journalisten verfasst wurden. Außerdem kommt dazu, dass eine Auswahl von Quellen benutzt ist, was auch dazu beiträgt, die Gültigkeit zu stärken. Durch das Einbeziehen mehrerer Quellen statt des Beschränkens auf eine Quelle wird der Verlust wertvoller Daten nämlich vermieden. Auf diese Weise wird es durchführbar, ein möglichst umfassendes Bild der politischen Kommunikation der Partei während der Pandemie zu präsentieren.

4. Die Reaktion der AfD auf die Corona-Krise

4.1. Erste Periode: Unmittelbare Krisenreaktion

„Wir haben es mit einer echten Krise zu tun. [...] Wo bleibt die Strategie? Ich sehe überhaupt gar keine. Wachen Sie auf. Seien Sie bitte professionell. Befassen Sie sich mit den wahren Problemen und handeln Sie wie es dem Interesse dieses Landes und

seiner Bürger entspricht. Dafür sind Sie gewählt und wir stehen dazu bereit, sie dabei zu unterstützen (Alternative für Deutschland, 2020a, 6:28).

Zu Beginn der Pandemie war die AfD besorgt und ungeduldig. Obwohl Mitte Februar der erste Todesfall als Folge des Coronavirus Europa erreicht hatte, gab es zu der Zeit in Deutschland keine Maßnahmen, die die Verbreitung des Virus stoppen sollte. Durch die Rede von Bundesprecherin Alice Weidel am 4. März im Bundestag hat die AfD ihre Angst vor der Gefahr des Virus ausgedrückt. Wie oben zitiert fordert Weidel statt „rhetorischer Beruhigungsspielen“ sofortiges Handeln und „konkrete Sofortmaßnahmen“ von der deutschen Bundesregierung (Alternative für Deutschland, 2020a, 3:13). Obwohl am 16. März mehrere eingreifende Maßnahmen in Deutschland eingeführt wurden (Lembcke, 2020), und es folglich zum sogenannten „Lockdown“ kam, hat es die AfD nicht beeindruckt.² Am selben Tag publizierte die Partei auf ihrem offiziellen Instagram einen Beitrag, in dem sie die Maßnahmen lobte, gleichzeitig aber die Regierung dafür kritisierte, dass sie viel zu spät gekommen waren (Alternative für Deutschland, 2020b).

„Zusammenstehen ist jetzt erste Bürgerpflicht. Deshalb werden wir auch den finanziellen Maßnahmen und gesetzlichen Änderungen weitgehend zustimmen, wenn diese temporär angelegt und auf die Dauer der Corona-Notlage beschränkt bleiben“ (Alternative für Deutschland, 2020c, 0:47).

Ende März hat AfD-Fraktionschef Alexander Gauland wie oben zitiert in seiner Rede im Bundestag klar gemacht, dass die AfD die Maßnahmen der Bundesregierung stützen wird, solange die deutschen Interessen wahrgenommen werden. Trotzdem erinnerte er den Bundestag daran, dass dies nicht bedeutet, dass die AfD „die zu Beginn gemachten Fehler der Regierung“ nicht erwähnen wird (Alternative für Deutschland, 2020c, 1:20). Auf diese Weise hat Gauland die Kritik an der Regierung wiederholt, die man auch auf Instagram erfahren konnte. Er war der Meinung, dass die Maßnahmen zu spät kamen, obwohl seit 2012 ähnliche Krisenszenarien erwartet worden waren (Alternative für Deutschland, 2020c, 1:20).

Trotz dieser Kritik hat die AfD mit ihrer Instagram-Kampagne «Corona gemeinsam meistern» klar gemacht, dass man in Krisenzeiten zusammenstehen sollte. Diese Kampagne, die aus vier

² Massenveranstaltungen wie die Bundesliga und Musikkonzerte wurden abgesagt. Öffentliche Institutionen wie Schulen, Kindergärten und Universitäten wurden für Besucher geschlossen. Cafés, Bars und Restaurants mussten schließen. Es blieben nur systemrelevante Aktivitäten zugänglich, darunter Lebensmittelgeschäfte, insbesondere Supermärkte, und an einigen Stellen Drogerien. Unternehmen wechselten zur Kurzarbeit oder zum Homeoffice (Lembcke, 2020).

Beiträgen auf dem offiziellen Instagram-Konto der AfD besteht, diente Ende März als ein Hauch frischer Luft und wies unter anderem darauf hin, dass Masken in Deutschland hergestellt werden (Alternative für Deutschland, 2020d) und deutsche Forscher auf dem Weg zur Entwicklung eines sogenannten „Corona-Hemmstoffs“ sind (Alternative für Deutschland, 2020e).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Krisenrespons der AfD im März hauptsächlich von einer kollektiven Leistung und einer gemeinsamen Arbeit gekennzeichnet war. Obwohl die Partei die Bundesregierung kritisiert, zeigt sie eine unterstützende Position, in der sie hinter den Entscheidungen der Regierung steht. Das Coronavirus war also ein akutes Problem, das Parteivorsitzender Jörg Meuthen zufolge zu ernst war, um politisiert zu werden (ZDF, 2020, 0:55). Dies sollte sich jedoch nach einigen Wochen mit den Corona-Maßnahmen und dem Lockdown schnell ändern.

Im April konnte man auf dem Instagram-Profil der Partei erfahren, dass die AfD sich von der Gemeinsamkeit-Kampagne distanziert hat. Hier hat sie nämlich einen Beitrag mit dem Titel «Corona-Regeln müssen auch für Migranten gelten» veröffentlicht, in dem sie kritisiert hat, wie junge Migranten, die zusammenleben, drinnen Sport treiben durften, während die Deutschen draußen bleiben mussten (Alternative für Deutschland, 2020f).

„Sie zeigt wie immer kein Gespür für die Bürger unseres Landes und kein Verständnis dafür, dass die Bevölkerung darauf drängt, die enormen Einschnitte in das Leben und nicht zuletzt die offensichtlichen Einschnitte in die Grundrechte nur so lange aufrecht zu erhalten, wie sie unbedingt notwendig sind. Angela Merkel und die ganze Bundesregierung sind ein Schaden für unsere Gesellschaft. Sie ruinieren unser Land!“ (Alternative für Deutschland, 2020g).

Gegen Ende April hält die Partei ihr Versprechen, die Kritik an der Bundesregierung aufrecht zu erhalten. Der oben zitierte Stephan Brandner und andere hochrangige Parteimitglieder der AfD haben zu dieser Zeit im Kontrast zum Anfang März schnelle Lockerungen und eine Wiederöffnung der Gesellschaft gefordert (Alternative für Deutschland, 2020g). Nachdem die Bundesregierung und die Landesregierungen sich am 6. Mai auf eine Lockerung der restriktiven

Maßnahmen einigten (Lembcke, 2020), wurde die Aufmerksamkeit der AfD insbesondere auf die Grundrechte verlagert.³

Im Mai werden deshalb Bürgerrechte zum Hauptthema gemacht. Der Fokus der AfD liegt jetzt darauf, dass der Staat die Corona-Pandemie nicht ausnutzen darf, um die Freiheit und Bürgerrechte des Volkes zu untergraben. Auf diese Weise rechtfertigte die Partei die Ende April stattfindenden Corona-Demonstrationen mit dem Argument, dass die Meinungs- und Versammlungsfreiheit auch in Krisenzeiten gewahrt bleiben müssen (Alternative für Deutschland, 2020h). Dasselbe Freiheitsargument wurde auch in der Diskussion rund um die sogenannte Corona-App verwendet, die die Nachverfolgung von Infektionen vereinfachen sollte. Die AfD hat weiter dafür argumentiert, dass so eine „Corona-Appidemie“ gestoppt werden muss, um den Datenschutz der Bürger wahrnehmen zu können, und damit Orwell sich nicht im Grab umdrehen würde (Alternative für Deutschland, 2020i; Alternative für Deutschland, 2020j). Die Bürger sollten laut der Partei außerdem nicht dazu gezwungen werden, sich impfen zu lassen, sondern „gut informiert selbstverantwortliche Entscheidungen treffen“, was sie die AfD zufolge in der Regel auch machen (Alternative für Deutschland, 2020k).

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Reaktion der AfD auf die Pandemie in der ersten Periode von März bis Mai von Widersprüchen gekennzeichnet ist. Während das Virus der gruselige Feind war, den auch die AfD im März befürchteten, hat dies sich nach der ersten Einführung der Corona-Maßnahmen geändert. Im April war laut der AfD das Virus jedoch nicht mehr die größte Gefahr. Hier fand nämlich eine Veränderung statt, bei der der Staat nun die große Bedrohung für die Bürgerrechte der Bürger darstellte. Obwohl die AfD am Anfang der Pandemie davon überzeugt war, dass Zusammenstehen die wichtigste Bürgerpflicht war, wurde diese gemeinsame Arbeit nur wenige Wochen später nicht mehr priorisiert, als Bürgerrechte ganz oben auf die politische Agenda der Partei gestellt wurden.

Mit sinkenden Infektionsraten gegen Sommer hat die Coronakrise in der politischen Agenda der AfD allmählich an Relevanz verloren. Wie schon im Methodenteil erwähnt, wird daher der Sommer in keiner der Perioden einbezogen, sondern wird bis Oktober gesprungen, als die Infektionsraten wieder stark angestiegen sind. Dies wird im nächsten Teil näher erläutert.

³ Nach diesen neuen Regelungen waren Bundesländer und Städte nur dann verpflichtet, die ehemaligen Maßnahmen wieder aufzunehmen, wenn innerhalb von sieben Tagen mehr als 50 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner festgestellt werden konnten (Lembcke, 2020).

4.2. Zweite Periode: Andauernder Zustand

Als Folge des schnellen Anstiegs der Corona-Infektionsraten Ende Oktober stellte die Bundeskanzlerin neue Maßnahmen vor, die ab dem zweiten November geltend sein sollten (Steffen, 2020).⁴ Trotz eines in Bezug auf die Infektionsraten ruhigen Sommers wurde Deutschland erneut eines zweiten Lockdowns ausgesetzt. Die AfD setzt daher Ende Oktober die Coronakrise erneut ganz oben auf ihre Tagesordnung in ihren Kanälen. Im Gegensatz zu der ersten Periode wird deutlich, dass die Coronakrise eine Situation ist, die nicht über Nacht behoben werden kann. Im Gegenteil handelt es sich um einen anhaltenden Zustand, der dauerhafte Konsequenzen für die Gesellschaft hat. Während die AfD am Anfang der Pandemie vor der Gefahr des Virus warnte, hat sich die Haltung der Partei Ende Oktober stark geändert:

„Wir verlangen daher, dass das Parlament wieder vollständig in seiner Rechte eingesetzt wird. Hier in diesem Hause soll über Maßnahmen gegen die Pandemie entschieden werden und nirgendwo sonst. Eine Corona-Diktatur auf Widerruf verträgt sich nicht mit unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung“ (Alternative für Deutschland, 2020l, 5:50).

In seiner Rede am 28. Oktober im Bundestag hat Alexander Gauland das Krisenkabinett als Kriegskabinett bezeichnet und die neuen Maßnahmen mit Kriegspropaganda verglichen (Alternative für Deutschland, 2020l). Die AfD war mit anderen Worten sehr kritisch gegenüber eines zweiten Lockdowns, und hat wie oben zitiert gefordert, dass nicht nur die Regierung, sondern auch der Bundestag über die Maßnahmen entscheiden sollte.

Trotz einer Pause von mehreren Sommermonaten hat sich also die Ansicht der AfD zum Umgang der Regierung mit der Coronakrise nicht erheblich gewandelt. Die Partei konzentriert sich nämlich weiterhin darauf, wie die Bürgerrechte des Volkes durch Corona-Maßnahmen verletzt werden. Obwohl immer mehr Menschen mit dem zweiten Lockdown im November die Hoffnung auf eine schnelle Wiedereröffnung der Gesellschaft verlieren, argumentiert die AfD dagegen dafür, dass Lockerungen der „unnötigen“ Maßnahmen sowohl möglich als auch notwendig sind, um die Bürgerrechte des Volkes zu gewährleisten (Alternative für Deutschland, 2020m).

⁴Bei den Maßnahmen ab dem zweiten November ging es laut des Bund-Länder-Beschlusses zur Corona-Pandemie hauptsächlich um weitere Kontaktbeschränkungen und eine weitere Schließung der Gastronomiebetriebe. Schulen und Kitas bleiben im Gegensatz zum ersten Lockdown geöffnet (Bundesregierung, 2020).

Die AfD kritisiert nicht nur diese ihrer Meinung nach unnötigen Maßnahmen der Regierung, sondern wirft Mitte November in einem Beitrag auf ihrem offiziellen Instagram auch Zweifel an der Corona-Impfung auf. In diesem Beitrag bezieht sich die Partei auf Kritiker, die vor einem «kaum getestetem Corona-Impfstoff» warnen (Alternative für Deutschland, 2020n). Einige Tage später veröffentlicht die Partei auf ihrer offiziellen Website den Text „«Nein zur Zwangsimpfung», in dem sie sich auf Sprecherin des EU-Parlaments Sylvia Limmer bezieht, die dafür argumentiert, dass der «mündige Bürger» weiß, was für ihn selbst am besten ist. Daher sollte er auch laut der AfD selbst entscheiden, ob er sich impfen lassen möchte oder nicht (Alternative für Deutschland, 2020o).

Gegen Ende November werden außerdem dieselben Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen fortgesetzt, die der Fraktionschef Gauland wie schon in der ersten Periode erwähnt durch das Versammlungsrecht und die Meinungsfreiheit gerechtfertigt hat. In Leipzig gab es am 21. November auf der einen Seite Demonstrationen gegen die Corona-Restriktionen. Auf der anderen Seite gab es am gleichen Tag aber auch Gegenproteste (Rogalla et al., 2020), für die die AfD jedoch nicht so viel Verständnis gezeigt hat:

„Linksextreme haben Samstag am Rande der Corona-Demonstration in Leipzig friedliche Bürger, die gegen die Corona-Maßnahmen der Regierung demonstrierten, angegriffen und schwer verletzt. Das Landeskriminalamt Sachsen geht von versuchtem Totschlag aus. Es ist ein Skandal, dass der sächsische SPD-Vorsitzende Martin Dulig, der zudem noch Regierungsmitglied ist, etwas von friedlichem Protest fantasiert, wo doch tatsächlich linksextreme Gewalttäter erneut Leipzig terrorisiert und schlimmste Straftaten begangen haben“ (Alternative für Deutschland, 2020p).

Das oben zitierte Bundesvorstandsmitglied Carsten Hütter kritisiert hier den Tweet vom Wirtschaftsminister Sachsens, in dem er sich für einen friedlichen Protest „gegen Corona-Leugner, Egoisten und Demokratieverächter“ bedankt (Dulig, 2020). Die AfD klagt ihn dafür an, Linksextreme zu verschweigen, die im Gegensatz zum friedlichen Volk hinter entsetzlichen Verbrechen stecken (Alternative für Deutschland, 2020p).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die zweite Periode von Oktober bis Dezember 2020 von einem erneuten Fokus auf Bürgerrechte gekennzeichnet ist. Die Partei kritisiert immer noch die Regierung, aber im Gegensatz zur vorherigen Periode, stellt sich die AfD nicht mehr hinter die Maßnahmen und den Lockdown der Regierung. Sie kritisiert die Regierung wegen Verstoßes gegen die demokratische Verfassung, stellt sogenannte unnötige Maßnahmen, die

Corona-Impfung und die Corona-App in Frage und kritisiert auch diejenigen, die der Partei nicht zustimmen.

2020 war ein Jahr, das für viele ausschließlich mit der Coronapandemie verbunden wurde. 2021 repräsentierte jedoch für viele eine große Hoffnung auf eine schnelle Impfung und Wiedereröffnung der Gesellschaft. Es stellt sich die Frage, ob man im Januar 2021 über den Anfang des Endes sprechen kann. Im nächsten Teil wird näher auf die Reaktion der AfD in der letzten definierten Periode eingegangen, die sich von Januar bis April 2021 erstreckt.

4.3. Dritte Periode: Der Anfang des Endes?

Trotz Hoffnungen auf eine Wiederöffnung der Gesellschaft steigt auch nach Weihnachten die Zahl der Infizierten in Deutschland weiter an. Mit diesem Anstieg und zusätzlich der Entdeckung verschiedener Virusmutanten wurde Mitte Januar eine Verlängerung der Maßnahmen bis Mitte Februar beschlossen (Bundesregierung, 2021). Die AfD hat diese Verlängerung der Corona-Maßnahmen schnell auf ihrer Website verdammt und eine Beendigung des Lockdowns gefordert. Gleichzeitig forderte die Partei auch ein Ende der sogenannten „Regierungsversagen“ (Alternative für Deutschland, 2021a), die zu Beginn des neuen Jahres einen großen Teil der Rhetorik der AfD in verschiedenen Medien geprägt hat.

Auf ihrem Instagram-Profil machte die Partei auf die sogenannten Versagen der Regierung aufmerksam. In der Zeit von Januar bis März veröffentlichte die AfD mehrere Beiträge zum Thema «Regierungsversagen stoppen». In dieser Kampagne ging es hauptsächlich um Wirtschaft und Arbeitslosigkeit. Die Partei beschuldigte unter anderem den Wirtschaftsminister Altmeier "unsere Wirtschaft zu töten" und die Bundeskanzlerin „unsere Kinder in den Schulden-Ruin“ zu führen (Alternative für Deutschland, 2021b; Alternative für Deutschland, 2021c).

Laut der AfD drückt sich das Regierungsversagen nicht nur in der Wirtschaft aus. Mit dem Beitrag des Bundessprechers Meuthen auf ihrer Website lässt die Partei keinen Zweifel daran, was sie über den Umgang der Regierung mit der Corona-Impfung meint:

Hunderte Millionen angebotener Impfdosen von Biontech-Pfizer hat man ausgeschlagen, während es für einen zweiten Corona-Impfstoff in der EU keine Zulassung gibt. All das ist auf Führungslosigkeit, Verantwortungsflucht und Inkompetenz von Merkel, Spahn und von der Leyen zurückzuführen. Millionen Europäer leiden darunter. Hier ist dringend Aufklärung nötig (Alternative für Deutschland, 2021d).

Im oben zitierten Beitrag argumentiert Meuthen dafür, dass der Gesundheitsminister Spahn der Verantwortung für die Sicherheit der Bürger entflieht, indem er die Verantwortung für die Beschaffung des Corona-Impfstoffs an die EU übergibt. Weiterhin behauptet er, dass die Möglichkeit der Bürger, sich impfen zu lassen, aufgrund einer unfähigen Regierung eingeschränkt wird (Alternative für Deutschland, 2021d).

Obwohl die deutsche Regierung demokratisch gewählt ist, hat Bundestagsabgeordneter Albrecht Glaser Ende Februar behauptet, dass die deutsche Demokratie leidet. In seiner Rede im Bundestag hat er dafür argumentiert, dass es höchste Zeit für „den eigentlichen Souverän das Staatsvolk“ ist, die vollen demokratischen Rechte durch sowohl obligatorische als auch fakultative Volksabstimmungen zu erhalten. Um eine solche direkte Demokratie in Deutschland zu gewährleisten, wies er darauf hin, dass die AfD daran arbeiten wird, fehlende Elemente in das Grundgesetz zu implementieren (Alternative für Deutschland, 2021e, 2:30). Auch Bundessprecher Stefan Brandner forderte bereits im Januar eine „echte direkte Demokratie statt Räterepublik“ (Alternative für Deutschland, 2021f).

Gegen Ende Februar wird auch Grenzschutz und Migranten zum Thema in der Corona-Reaktion der AfD gemacht:

Die AfD hatte 2015 recht. Unsere Grenze kann und muss auch geschützt werden. Die Bundesregierung schützt aber offenbar die Grenzen nur wenn es in ihre eigene Agenda passt, etwa um die Ausbreitung eines Virus einzudämmen. Wenn es jedoch darum geht, die Sicherheit und körperliche Unversehrtheit der Bevölkerung vor Schwerkriminellen, Gewaltverbrechern und Terroristen zu schützen, [...] dann solle Grenzschutz plötzlich unmöglich sein (Alternative für Deutschland, 2021g, 0:46).

Der oben zitierte Bundestagsabgeordnete Martin Hess bezweifelt in seiner Rede die Bereitschaft der Regierung, die Bürger außerhalb der Pandemie zu schützen, und beschuldigt gleichzeitig diejenigen, die die Grenze nach Deutschland überqueren, Kriminelle zu sein (Alternative für Deutschland, 2021g). Auch auf Instagram konzentriert sich die Partei auf die Unterscheidung zwischen Deutschen und Asylbewerbern. In einem Mitte Januar veröffentlichten Beitrag betont die AfD, dass sich die deutschen Bürger auf ihren Wohnort beschränken müssen, während gleichzeitig eine "stille Völkerwanderung" von mehr als 100.000 Asylbewerbern stattfindet (Alternative für Deutschland, 2021h).

Im Gegensatz zu den ersten beiden Perioden dieser Arbeit ist diese durch die Tatsache gekennzeichnet, dass im Herbst die Bundestagswahl und damit der Wahlkampf stattfindet. Die

AfD veröffentlichte daher Anfang April ihre Kampagne für die Bundestagswahl 2021 mit dem Slogan «Deutschland, aber normal». Im Zusammenhang mit dieser Kampagne hat die Partei auch zwei Kurzfilme veröffentlicht. In einem davon erklärt sie, für wen die AfD redet:

Eine Partei, die sich für die echten Probleme interessiert. Von normalen Menschen. Für alle, die den Laden am Laufen halten. Für alle, die sich integrieren wollen. Für alle, die Freiheit leben. Für alle, die das Land lieben. Für alle, die wieder sichere Städte wollen. Diese Menschen brauchen eine Stimme. Wenn Politik sie verstört, verschaukelt, vergisst. Ihre Stimme ist die AfD (Alternative für Deutschland, 2021i, 00:22).

Bundessprecher Tino Chrupella ergänzt zu dieser Kampagne, dass die von Merkel geführte Politik von einem ständigen Ausnahmezustand geprägt ist, der sich von der Flüchtlingskrise 2015 bis zur Coronakrise 2020 erstreckt. Die AfD steht Chrupella zufolge im Gegensatz für eine normale und zuverlässige Politik (Alternative für Deutschland, 2021j).

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Periode von Januar bis April 2021 von einem übergeordneten Fokus auf Regierungsversagen gekennzeichnet ist. Auch in dieser Periode stellt die AfD die Frage, ob die Demokratie in Deutschland funktioniert, wie sie sollte.

5. Eine populistische Krisenreaktion?

Um auf die Fragestellung zurückzukommen, wie die AfD auf die Coronakrise reagiert, und ob die Partei dadurch mehr oder weniger populistisch wird, muss die Populismustheorie wieder angewendet werden. Bisher wurde die Krisenreaktion der Partei von März 2020 bis April 2021 vorgestellt. Es stellt sich die Frage, inwieweit diese Reaktion populistisch ist, und inwieweit dieser Populismus in dieser Periode zunimmt oder nachlässt. Vehrkamp und Merkel (2020) zufolge, müssen die drei schon erwähnten Kriterien vorhanden sein, um etwas als populistisch charakterisieren zu können.

5.1. Das wahre Volk und die korrupten Eliten?

Wie im theoretischen Teil erwähnt, setzt das Anti-Establishment-Kriterium des Populismuskonzepts eine Aufteilung der Gesellschaft in zwei homogene Gruppen – das Volk und die Eliten – voraus (Vehrkamp & Merkel, 2020; Mudde, 2004). Es stellt sich die Frage, inwieweit dieses Kriterium in der ersten Krisen-Reaktion von März bis Mai vorhanden ist. Obwohl es anfangs der ersten Periode im März so schien, als ob die Partei sich von dieser Spaltung distanzierte, hat dies sich im April einschneidend geändert, als die AfD der Regierung vorwirft, die Bürgerrechte des Volkes zu untergraben. Obwohl die Partei die Regierung bereits

im März für ihre fehlende Handlungsfähigkeit kritisiert, hat sie trotzdem eine unterstützende Position zu den ersten Corona-Maßnahmen gezeigt. Zu diesem Zeitpunkt konzentriert sich die Partei auch nicht darauf, dass die Regierung korrupt ist und ihre eigenen Interessen vor die des Volkes stellt. Deshalb kann man dafür argumentieren, dass diese unmittelbare Reaktion der Partei weniger unter das Anti-Establishment-Kriterium fallen kann, weil die populistische Unterscheidung zwischen Volk und Eliten sowie der Glaube daran, dass die Eliten ihre eigene Bevölkerung verraten, nicht vorhanden ist (Mudde, 2004; Vehrkamp & Merkel, 2020; Jansen, 2011). Wenn dagegen die AfD der Regierung und der Bundeskanzlerin vorwirft, die Bürgerrechte des Volkes mit den Corona-Maßnahmen und der Corona-App anzugreifen, und damit den Bürgern ihre Rechte berauben und die Demokratie ausnutzen, kann dafür argumentiert werden, dass das Anti-Establishment-Kriterium nach der Populismustheorie (Vehrkamp & Merkel, 2020; Jansen, 2011; Albertazzi & McDonnel, 2008; Meny & Surel, 2002) in größerem Maße in der Reaktion vorhanden ist.

Wenn es um die zweite Periode von Oktober bis Dezember geht, kann dafür argumentiert werden, dass die AfD wie in der ersten Periode nach Mudde (2004) und Vehrkamp und Merckels (2020) Populismuskonzept immer noch eine Unterscheidung zwischen Volk und Eliten konstruiert, die sie politisch ausnutzt. Mit ihrem Fokus auf Bürgerrechte wirft sie den Eliten vor, die Interessen des Volkes beiseitezulegen. Die Partei argumentiert auch weiter dafür, dass nicht mehr das Virus gefährlich ist. Es ist nämlich der AfD zufolge die Regierung und die Maßnahmen, die die größte Bedrohung für die Bürger darstellen. Im Gegensatz zur ersten Periode gibt es nicht nur Kritik an der Regierung und ihren Maßnahmen, sondern auch Zweifel am demokratischen Grundsystem und daran, ob die Bürger mit dieser Ordnung ihre Grundrechte erhalten. Dies steht im Einklang mit Müllers (2016) Argument, dass Populisten nicht nur Politiker auf Akteur-Ebene kritisieren, sondern auch gerne Fragen zu den demokratischen Institutionen stellen. Dies deutet darauf hin, dass das Anti-Establishment-Kriterium nach Vehrkamp und Merkel (2020) in dieser Periode nicht nur vorhanden ist, sondern auch in größerem Maße als in der ersten Periode erfüllt wird, da die Kritik an der Regierung stärker zunimmt und auch Kritik am demokratischen System ausgeübt wird.

Schließlich muss auch untersucht werden, inwieweit das Kriterium in der letzten Periode von Januar bis April erfüllt ist. In diesem Zeitraum verschärft sich die Kritik am Establishment. Nach Weihnachten setzt die AfD wie schon erwähnt die mehreren Versagen der Regierung in den Vordergrund und beschreibt sie gleichzeitig als inkompetent, verantwortungslos und ohne die Fähigkeit zu regieren. Dies steht völlig im Einklang mit den Argumenten von Albertazzi

und McDonnell (2008), Jansen (2011) und Meny und Surel (2002), dass Populisten die Eliten mit solchen Adjektiven beschreiben, da diese Eliten nach Ansicht der Populisten das Volk und ihre Rechte ungerechtfertigt kontrollieren und dadurch die Macht missbrauchen. Gleichzeitig wird der Regierung in der Bundestagskampagne der AfD vorgeworfen, die Bevölkerung vergessen zu haben. Dafür spricht, dass die AfD versucht, die Menschen darauf aufmerksam zu machen, dass sie von den Eliten unterdrückt werden. Diese sind daher weitere Argumente dafür, dass das Anti-Establishment-Kriterium nach Vehrkamp und Merkel (2020) in dieser Periode auch weitgehend vorhanden ist.

5.2. Der gesunde Menschenverstand zuerst?

Weiter stellt sich die Frage, ob die Corona-Reaktion der AfD das Pro-Volkssouveränitäts-Kriterium nach Vehrkamp und Merkel (2020) aufzeigt. Wie schon erwähnt ist dieses Kriterium durch den Glauben an die direkte Demokratie gekennzeichnet, indem das Volk und ihr gesunder Menschenverstand in größerem Masse über Politik entscheiden soll (Vehrkamp & Merkel, 2020). Während es am Anfang der ersten Periode im März schien, als ob die AfD mit ihrem Vertrauen in die Regierung und ihre technokratische Reaktion von diesem Populismuskriterium abwich, hat dies sich genau wie beim Anti-Establishment-Kriterium nach einer Zeit unter dem Lockdown geändert.

Obwohl die Regierung nicht gefordert hat, dass jemand gezwungen werden sollte, sich impfen zu lassen, konzentriert sich die Partei weiterhin auf die Tatsache, dass die Impfung völlig freiwillig ist. Laut der AfD muss das Volk Entscheidungen auf der Grundlage dessen treffen, was sie für das Beste für sich selbst halten. Diese Reaktion bildet sowohl einen Kontrast gegen den Elitismus als auch die technokratische Reaktion wie bereits beschreiben (Mudde, 2004; Lasco & Curato 2019; Lasco, 2020; Lavazza & Farina, 2020). Dies spricht dafür, dass das Pro-Volkssouveränitätskriterium vorhanden ist. Trotzdem hat die Partei keine Volksabstimmung darüber gefordert, ob es eine Impfpflicht geben sollte. Es besteht daher keine Forderung nach direkter Demokratie seitens der AfD, in der das Volk als Einheit souverän handelt.

Es ist gleichwohl so, dass die AfD verlangt, dass die Bürger und ihre individuellen Präferenzen gehört werden sollen. Dies sowohl im Hinblick auf eine eventuelle Pflicht in Bezug auf die Impfung als auch auf das Herunterladen von Apps zur Infektionskontrolle. Auf diese Weise stellt die AfD den gesunden Menschenverstand des Volkes über das Fachwissen und wirft gleichzeitig Zweifel an der Agenda der Regierung für die Maßnahmen auf. Dies steht im Kontrast zur schon im Theorieteil erwähnten technokratischen Reaktion nach Lasco (2020) und

Lasco und Curato (2019). Dies deutet darauf hin, dass das Pro-Volkssouveränität-Kriterium in der ersten Periode erfüllt, aber nur teilweise vorhanden ist.

In der zweiten Periode fängt die AfD wie bereits erwähnt an, die Corona-Maßnahmen als unnötig zu bezeichnen und sich auf Impfstoffkritiker zu beziehen. Dies steht ähnlich wie in letzter Periode eindeutig im Gegensatz zur technokratischen Reaktion. Die Partei argumentiert auch in diesem Zusammenhang dafür, dass die Bürger selbst wissen, was für sich am besten ist. Obwohl die Partei betont, dass die Bürger nicht gezwungen werden dürfen, ist es immer noch nicht so, dass die Regierung eine Impfstoffpflicht eingeführt hat. Trotzdem konzentriert sich die Partei weiter in ihren offiziellen Kanälen darauf, dass der gesunde Menschenverstand und die legitime Fähigkeit des Volkes, über sich selbst zu bestimmen, entscheidend sind. Dies steht im Zusammenhang mit den Argumenten Mudde und Kaltwassers (2017), die erklären, dass Populisten das Volk als die legitime Machtquelle in einer demokratischen Gesellschaft betrachten. Dies spricht dafür, dass das Kriterium der Pro-Volkssouveränität auch in der zweiten Periode teilweise erfüllt ist, obwohl es noch keine Forderungen nach direkter Demokratie gibt.

Obwohl die AfD in den ersten beiden Perioden die Bürger und ihre individuellen Präferenzen in den Vordergrund stellte und damit im Gegensatz zur technokratischen Reaktion stand, forderte sie nach der Populismustheorie der Pro-Volkssouveränität wie schon erwähnt keine direkte Demokratie in Form von Volksabstimmungen. Dies hat sich aber in der letzten Periode von Januar bis April 2021 geändert, als die Partei nicht nur behauptete, dass die deutsche Demokratie leidet, sondern auch eine Änderung im Grundgesetz forderte, die Volksabstimmungen gewährleistet. Dies steht im Einklang mit dem Argument Muddes (2004), dass Populisten ein geringes Vertrauen in die Machthaber haben. Die Forderung, dass das Volk, das laut der Partei der wahre Souverän des Staates ist, in viel größerem Maße entscheiden sollte, geht auch mit den Argumenten von Vehrkamp und Merkel (2020) einher, dass der Wille des Volkes nicht durch die Vertreter und ihre unreinen Parteiinteressen eingeschränkt werden sollte. Dafür spricht, dass das Kriterium der Pro-Volkssouveränität in der dritten Periode in höchstem Maße erfüllt ist, sowohl in Bezug auf Forderungen nach Volksabstimmungen als auch in Bezug auf das geringe Vertrauen in gewählte Politiker.

5.3. Die Forderung eines homogenen Volkes?

Schließlich muss auch das Anti-Pluralismus-Kriterium vorhanden sein, wenn die Reaktion der AfD als populistisch bezeichnet werden soll. Wie bereits beschrieben, handelt dies sich

hauptsächlich darum, dass das Volk sowohl ethnisch als auch kulturell homogen bestimmt ist (Vehrkamp & Merkel, 2020). Während die „Corona gemeinsam meistern“-Kampagne in der ersten Periode dagegen Pro-Pluralismus ausdrückte, stellt sich die Frage, wer dieser Gemeinschaft angehört. Als die Partei einige Wochen später eine klare Unterscheidung zwischen den „Deutschen“ und den „Flüchtlingen“ zog, hat sie es aber klar gemacht, dass diese außerhalb des deutschen Volk steht. Dies spricht dafür, dass das Anti-Pluralismus-Kriterium weitgehend vorhanden ist, da die AfD im Einklang mit der Argumentation Müllers (2016) ein eindeutiges „wir“ schafft, zu dem Flüchtlinge nicht dazugehören. Dies passt auch zur Populismus-Typologie von Jagers und Walgrave (2007), in der die Flüchtlinge durch die horizontale Dimension als Bedrohung außerhalb des Volkes angesehen werden.

Wie im theoretischen Teil erwähnt, handelt es sich beim Anti-Pluralismus nicht nur um ein ethnisch reines Volk, sondern auch um ein Volk, das nahezu identische Einstellungen, Werte und Interessen teilt. Diejenigen, die anderer Ansicht sind, stehen daher außerhalb des Volkes. Sie gehören mit anderen Worten zu den sogenannten „Anderen“, und stellen somit eine Bedrohung für das Volk dar (Vehrkamp & Merkel, 2020; Jagers & Walgrave, 2007; Müller, 2016). Obwohl es sich häufig um Einwanderer handelt, kann es sich auch um Menschen handeln, die mit populistischen Parteien nicht einverstanden sind. Wie bereits beschrieben, erklärte die AfD, dass diejenigen, die gegen die Corona-Maßnahmen demonstrierten, friedliche Bürger waren, während diejenigen, die gegen sie protestierten, gewalttätige Linksextreme waren. Nach der Populismustheorie (Vehrkamp & Merkel, 2020; Jagers & Walgrave, 2007; Müller, 2016) kann dafür argumentiert werden, dass die AfD mit dieser Rhetorik die Einwohner in zwei Teile teilt. Einerseits die guten, friedlichen Bürger, die zu Recht gegen die Maßnahmen protestieren, und andererseits die bösen, illegitimen Extremisten, die die Bürger angreifen und schädigen. Dies kann so interpretiert werden, dass diejenigen, die nicht auf der Seite der AfD stehen und die Regierung kritisieren, nicht Teil des "Volkes" sind und auch hier durch die horizontale Dimension (Jagers & Walgrave, 2007) eine Bedrohung darstellen. Dies spricht dafür, dass das Anti-Pluralismus-Kriterium auch in der zweiten Periode im höchstem Maße erfüllt ist.

Wie in den ersten beiden Perioden schafft auch die AfD in der letzten Periode mit ihren Aussagen, dass die Grenze geschützt werden muss, eine Trennung zwischen „uns“ und „ihnen“. Dies steht im Einklang mit Müllers (2016) Argument, dass Populisten mit ihrem „wir“ häufig eine klare Zugehörigkeit schaffen. Anstatt Asylbewerber oder Flüchtlinge als Teil der Bevölkerung zu betrachten, gibt die Partei wie erwähnt an, dass Grenzschutzmaßnahmen

wichtig sind, um die Bürger vor Kriminellen und Terroristen zu schützen. Dies kann so interpretiert werden, dass die Partei der Meinung ist, dass jeder, der versucht, die Grenze nach Deutschland zu überqueren, eine Bedrohung für das Volk darstellt. Dies wird zu einer noch stärkeren Zugehörigkeit führen, und legt somit nahe, dass das Anti-Pluralismus-Kriterium auch in diesem Zeitraum weitgehend vorhanden ist.

5.4. Drei Populismuskriterien - eine Bilanz

Anhand dieser Argumente wird deutlich, dass die drei Kriterien für den Populismus für alle Perioden vorhanden sind. Die ersten Wochen im März gelten als einzige Ausnahme. Trotzdem ist es relevant zu erwähnen, dass die Kriterien in den verschiedenen Perioden mit unterschiedlichem Grad der Stärke vorliegen. Wegen den ersten Wochen im März kam das Anti-Establishment-Kriterium erst nach einigen Wochen zum Ausdruck, während es in den letzten beiden Perioden stark vorhanden war. Auch in Bezug auf das Pro-Volksouveränität-Kriterium taucht es erst in der letzten Periode am deutlichsten auf, in der im Gegensatz zu den ersten beiden Perioden auch Volksabstimmungen gefordert wurden. Es gibt jedoch keine großen Unterschiede im Grad der Stärke, wenn es um das Kriterium des Anti-Pluralismus geht, da es in allen drei Perioden klar zum Vorschein kommt.

Obwohl die drei verschiedenen Kriterien in einigen Perioden stärker vorhanden sind als in anderen, sind sie wie bereits erwähnt in jeder Periode vorhanden. Laut Vehrkamp und Merkel (2020) kann man daher auch die Reaktion der AfD auf die Pandemie als populistisch charakterisieren. Um die Frage zu beantworten, ob die Partei angesichts dieser Pandemie ihren populistischen Kurs geändert hat, kann aus diesem Material argumentiert werden, dass die Partei in einer so umfassenden Krise mit einer populistischen Linie fortgesetzt hat. Dies trotz der Tatsache, dass es zunächst anders aussah.

Es scheint daher nicht, dass das Virus in der Lage ist, Populismus zu töten, und dass populistische Parteien nach den Argumenten von Mudde (2020) nicht zu den Opfern der Pandemie zählen. Dieses Ergebnis ist jedoch angesichts der Umfrage der Bertelmann-Stiftung (2020) überraschend, aus der hervorgeht, dass immer weniger Deutsche populistische Ansichten vertreten. Eine Einschätzung wäre, dass die Partei die Inhalte, die sie in ihren Kanälen veröffentlicht, anpassen würde, um mehrere Wähler für die bevorstehende Bundestagswahl zu gewinnen. Es ist deshalb ein interessantes Ergebnis, dass die Partei angesichts einer Pandemie immer noch an den populistischen Linien festhält.

Es stellt sich jedoch die Frage, inwieweit diese Ergebnisse generalisierbar sind. Wie bereits im Methodenteil erwähnt, gibt es sowohl Stärken als auch Schwächen der Methode. Dieses Material basiert sich auf einer Auswahl, bei der immer die Gefahr besteht, dass relevante Informationen weggelassen werden. Darüber hinaus ist die Corona-Krise noch nicht vorbei, was bedeutet, dass die Reaktion der AfD auf die Pandemie immer noch recherchierenden Wert hat. Trotzdem stimmen die Ergebnisse dieser Arbeit mit früheren Forschungen zur AfD und Populismus überein (Spies et al., 2018; Arzheimer & Berning, 2019), was darauf hinweist, dass die Reaktion der AfD auf die Pandemie auch als populistisch charakterisiert werden kann.

6. Schlussfolgerung

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass diese Arbeit untersucht hat, wie die AfD auf die Coronakrise reagiert, und ob die Partei dadurch mehr oder weniger populistisch wird. Bezugnehmend auf diese Fragestellung lässt sich nach der Beschäftigung einer qualitativen Inhaltsanalyse verschiedener Quellen aus der Reaktion der Partei sagen, dass die drei Kriterien des Populismus sich mit unterschiedlichem Grad der Stärke in allen Perioden der Reaktion manifestieren. Zu Beginn der ersten Periode fordert die AfD eine gemeinsame Arbeit, strengere Maßnahmen und keine Politisierung der Krise. Es dauert jedoch nur wenige Wochen, bis die Partei ihren Kurs gegen fehlende Bürgerrechte, Diktaturvorwürfe und eine Forderung einer Normalisierung von Deutschland ändert.

In allen Perioden hat die Partei den Umgang der Regierung mit der Coronakrise konsequent kritisiert. Die AfD argumentiert auch dafür, dass die Politiker das Volk und seine Bürgerrechte verraten. Sie fordert deshalb, dass die Bürger in viel größerem Maße über sich selbst entscheiden dürfen. Sie unterscheidet auch durchgehend in ihrer Reaktion auf die Pandemie zwischen „Deutschen“ und „Flüchtlings“, aber auch zwischen denen, die für und gegen die Corona-Maßnahmen sind. Dies spiegelt somit die drei Kriterien wider und weist darauf hin, dass der Populismus trotz der Pandemie immer noch in der Krisenreaktion der AfD lebt. Es stellt sich aber die Frage, ob die Wähler in Deutschland trotz der Ergebnisse des Populismusbarometers von dieser populistischen Reaktion angezogen werden. Diese Frage muss aber nach der bevorstehenden Bundestagswahl weiter untersucht werden.

7. Literaturverzeichnis

7.1. Forschungsliteratur

- Albertazzi, D. & McDonnell. (2008). *Twenty-First Century Populism: The Spectre of Western European Democracy*. Palgrave Macmillan.
- Arzheimer, K. (2015). The AfD: Finally a Successful Right-Wing Populist Eurosceptic Party for Germany? *West European Politics*, 38(3), 535-556. <https://doi.org/10.1080/01402382.2015.1004230>.
- Arzheimer, K. & Berning, C. C. (2019). How the Alternative for Germany (AfD) and their voters veered to the radical right, 2013–2017. *Electoral Studies*, 60. <https://doi.org/10.1016/j.electstud.2019.04.004>.
- Brubaker, R. (2020). Paradoxes of populism during the pandemic. *Thesis Eleven*. <https://doi.org/10.1177/0725513620970804>.
- Bubba, E. & Hubé, N. (Hrsg.) (2020). *Populism and the Politicization of the COVID-19 Crisis in Europe*. Palgrave Macmillan.
- Bundesregierung. (2020, 28. Oktober). *Bund-Länder-Beschluss zur Corona-Pandemie: "Wir müssen handeln - und zwar jetzt"*. Bundesregierung. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/coronavirus/bund-laender-beschluss-1804936>.
- Bundesregierung. (2021, 19. Januar). *Bund-Länder-Beschluss: "Das Vorsorgeprinzip hat für uns Vorrang"*. Bundesregierung. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/bund-laender-beschluss-1841048>
- Engesser, S. Ernst, N. Esser, F. & Büchel, F. (2017). Populism and social media: How politicians spread a fragmented ideology. *Information, Communication, & Society*, 20(8), 1109–1126.
- Grønmo, S. (2016). *Samfunnsvitenskapelige metoder*. (2. Aufl.). Fagbokforlaget.
- Hansen, M. A. & Olsen, J. (2018). Flesh of the Same Flesh: A Study of Voters for the Alternative for Germany (AfD) in the 2017 Federal Election. *German Politics*, 28(1), 1-19. <https://doi.org/10.1080/09644008.2018.1509312>.
- Jagers, J. & Walgrave, S. (2007). Populism as political communication style: An empirical study of political parties' discourse in Belgium. *European Journal of Political Research*. 7(46). 319-345. <https://doi.org/10.1111/j.1475-6765.2006.00690.x>.
- Jansen, R. S. (2011). Populist Mobilization: A New Theoretical Approach to Populism. *Sociological Theory*, 29(2), 75-96. <https://doi.org/10.1111/j.1467-9558.2011.01388.x>
- Laclau, E. (2005). *On Populist Reason*. Verso.
- Lasco, G. (2020). Medical populism and the COVID-19 pandemic. *Global Public Health*, 15(10), 1417-1429. <https://doi.org/10.1080/17441692.2020.1807581>.
- Lasco, G. & Curato, N. (2019). Medical populism. *Social Science & Medicine*, 221(1), 1–8. <https://doi.org/10.1016/j.socscimed.2018.12.006>.

- Lavazza, A. & Farina, M. (2020). The Role of Experts in the Covid-19 Pandemic and the Limits of Their Epistemic Authority in Democracy. *Front Public Health*. <https://doi.org/10.3389/fpubh.2020.00356>.
- Lembcke, O. W. (2020). Germany: The AfD's Staggering Between Reason and Resistance. In Bubba, E. & Hubé, N. (Hrsg.), *Populism and the Politicization of the COVID-19 Crisis in Europe* (S. 73-87). Palgrave Macmillan.
- Mény, Y. & Surel, Y. (2002). *Democracies and the Populist Challenge*. Palgrave Macmillan.
- Mudde, C. (2004). The Populist Zeitgeist. *Government and Opposition*., 39(4), 541-563. <https://doi.org/10.1111/j.1477-7053.2004.00135.x>.
- Mudde, C. & Kaltwasser, R. (2017). *Populism. A very short introduction*. Oxford University Press.
- Mudde, C. (2020, 27. März). Will the coronavirus 'kill populism'? Don't count on it. *The Guardian*. Abgerufen von <https://www.theguardian.com/commentisfree/2020/mar/27/coronavirus-populism-trump-politics-response>.
- Müller, J. W. (2016). *Was ist Populismus?* Suhrkamp Verlag.
- Rogalla, L. Schmidt, J. & Alberti, I. (2020, 22. November). Demo gegen Corona-Regeln in Leipzig: Polizei zieht Bilanz – und wird wieder kritisiert. *Frankfurter Rundschau*. <https://www.fr.de/politik/corona-querdenker-leipzig-demo-live-ticker-news-rechtsextreme-mobilisierung-polizei-protest-zr-90107005.html>.
- Spies, D. C. Goerres, A. & Kumlin, S. (2018, 21. Juni). The Electoral Supporter Base of the Alternative for Germany. *Swiss Political Science Review*, 24(3), 246-269. <https://doi.org/10.1111/spsr.12306>.
- Stanley, B. (2008). The thin ideology of populism. *Journal of Political Ideologies*. 13(1), 95-110. <https://doi.org/10.1080/13569310701822289>.
- Steffen, T. (2020, 28. Oktober). Das ist der Lockdown, der Weihnachten retten soll. *Zeit*. <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-10/corona-massnahmen-bund-laender-kontaktbeschaerungen-lockdown-light-faq#wo-kann-ich-noch-einkaufen>
- Tjora, A. (2017). *Kvalitative forskningsmetoder i praksis*. (3. Aufl.). Gyldendal akademisk.
- Vehrkamp, R. & Merkel, W. (2018). *Populismusbarometer 2018. Populistische Einstellungen bei Wählern und Nichtwählern in Deutschland 2018*. Bertelsmann Stiftung. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/populismusbarometer-2018>.
- Vehrkamp, R. & Merkel, W. (2020). *Populismusbarometer 2020. Populistische Einstellungen bei Wählern und Nichtwählern in Deutschland 2020*. Bertelsmann Stiftung. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/populismusbarometer-2020-all>.
- World Health Organisation. (2020, 12. Oktober). Coronavirus disease (COVID-19). *WHO*. <https://www.who.int/emergencies/diseases/novel-coronavirus-2019/question-and-answers-hub/q-a-detail/coronavirus-disease-covid-19#:~:text=symptoms>

7.2. Quellen

- Alternative für Deutschland [afd.bund]. (2020a, 16.März). *Grenzschießungen – Schul- und Kita-Schließungen – Absage fast aller öffentlicher Veranstaltungen – Home-Office für viele – „Einfach mal zuhause bleiben“ – Besuchsverbote in Pflegeeinrichtungen...* [Bild]. Instagram. <https://www.instagram.com/p/B9zFwMoB9fn/>.
- Alternative für Deutschland [AfD-Fraktion Bundestag]. (2020b, 4. März). *Corona-Krise lässt sich nicht wegschwätzen! - Alice Weidel - AfD-Fraktion im Bundestag.* [Video]. Youtube. <https://www.youtube.com/watch?v=TcIsVADAFdc&t=310s>.
- Alternative für Deutschland [AfD-Fraktion Bundestag]. (2020c, 25. März). *Corona-Krise: Man kann die Grenzen also doch schützen! - Alexander Gauland- AfD-Fraktion.* [Video]. Youtube. <https://www.youtube.com/watch?v=BhV5-Yuo6Kc>.
- Alternative für Deutschland. (2020d, 23. März). *Bisher kamen nahezu 100 % aller Atemschutzmasken auf dem deutschen Markt aus China.* [Bild]. Instagram. <https://www.instagram.com/p/B-EteThBGqb/>.
- Alternative für Deutschland. (2020e, 24. März). *Deutschen Forschern an der Uni Lübeck ist es gelungen, ein Enzym zu entschlüsseln, das das Corona-Virus braucht, um sich zu vermehren.* [Bild]. Instagram. <https://www.instagram.com/p/B-HES7XhBiz/>.
- Alternative für Deutschland. (2020f, 26. April). *Spitzensportler verabschieden sich dieser Tage reihenweise von ihren Karrieren.* [Bild]. Instagram. https://www.instagram.com/p/B_cyREfhjH2/.
- Alternative für Deutschland. (2020g, 20. April). *Stephan Brandner: Öffnungsdiskussion zwingend erforderlich!* Alternative für Deutschland. <https://www.afd.de/stephan-brandner-oeffnungsdiskussion-zwingend-erforderlich/>.
- Alternative für Deutschland. (2020h, 11. Mai). *Alexander Gauland: Meinungs- und Versammlungsfreiheit muss auch in Krisenzeiten gelten.* Alternative für Deutschland. <https://www.afd.de/alexander-gauland-meinungs-und-versammlungsfreiheit-muss-auch-in-krisenzeiten-gelte/>.
- Alternative für Deutschland. (2020i, 13. Mai). *Sylvia Limmer: Corona-Appidemie stoppen!* Alternative für Deutschland. <https://www.afd.de/sylvia-limmer-corona-appidemie-stoppen/>.
- Alternative für Deutschland. (2020j, 12. Mai). *China lässt grüßen: CDU will Corona-App-Verweigerer benachteiligen.* AfD Kompakt. <https://afdkompakt.de/2020/05/12/china-laesst-gruessen-cdu-will-corona-app-verweigerer-benachteiligen/?fbclid=IwAR2mue8VPivsHOvOntvS3B2Krg-exo6XdHT1XqCFWmiXgnjOPs4uyCSsGIY>.
- Alternative für Deutschland. (2020k, 20. Mai). *Stephan Brandner: Ein klares „Nein“ zur Impfpflicht!* Alternative für Deutschland. <https://www.afd.de/stephan-brandner-ein-klares-nein-zur-impfpflicht/>.
- Alternative für Deutschland. (2020l, 29. Oktober). *Corona-Diktatur auf Widerruf ist keine Lösung! - Alexander Gauland - AfD-Fraktion im Bundestag.* [Video]. Youtube. <https://www.youtube.com/watch?v=a9B8KeKgd8k>.
- Alternative für Deutschland. (2020m, 28. Oktober). *Beatrix von Storch: Merksels verfassungswidriger Overkill ist der Todesstoß für viele in Gastronomie, Hotellerie und*

- Kultur*. Alternative für Deutschland. <https://www.afd.de/beatrix-von-storch-merkels-verfassungswidriger-overkill-ist-der-todesstoss-fuer-viele-in-gastronomie-hotellerie-und-kultur/>.
- Alternative für Deutschland. (2020n, 13. November). *«Natürlich wird der Lockdown etwas bewirken, die sogenannten Kollateralschäden»*, sagt Dr. Christoph Berndt, Mediziner und neugewählter Vorsitzender der AfD-Fraktion. [Bild]. Instagram. <https://www.instagram.com/p/CHiXfkWqBfY/>.
- Alternative für Deutschland. (2020o, 17. November). *Sylvia Limmer: Nein zur Zwangsimpfung!* Alternative für Deutschland. <https://www.afd.de/sylvia-limmer-nein-zur-zwangsimpfung/>.
- Alternative für Deutschland. (2020p, 25. November). *Carsten Hütter: Corona-Protteste – Sachsens SPD-Chef Dulig verschweigt linksextreme Gewalttäter*. AfD Kompakt. <https://www.afd.de/carsten-huetter-corona-protteste-sachsens-spd-chef-dulig-verschweigt-linksextreme-gewalttaeter/>.
- Alternative für Deutschland. (2021a, 21. Januar). *Der Teufelskreis der immer schärferen „Lockdowns“ muss durchbrochen werden!* AfD Kompakt. <https://afdKompakt.de/2021/01/20/der-teufelskreis-der-immer-schaerferen-lockdowns-muss-durchbrochen-werden/>.
- Alternative für Deutschland. (2021b, 17. Februar). *Er gehört seit Jahren zu den besonders penetranten Einpeitschern des Merkel-Kurses und war Chef des Bundeskanzleramtes unter Merkel: Peter Altmaier*. [Bild]. Instagram. <https://www.instagram.com/p/CLZoVGwBNqJ/>.
- Alternative für Deutschland. (2021c, 24. März). *Schon im vergangenen Jahr waren Deutschland und die EU-Staaten hoffnungslos überschuldet, die Maastricht-Grenze lag längst im Papierkorb*. [Bild]. Instagram. <https://www.instagram.com/p/CMz1mD0KAvQ/>.
- Alternative für Deutschland. (2021d, 5. März). *Jörg Meuthen: Impfstoffskandal schlägt immer höhere Wellen*. Alternative für Deutschland. <https://www.afd.de/joerg-meuthen-impfstoffskandal-untersuchungsausschuss-ist-unausweichlich/>.
- Alternative für Deutschland. (2021e, 26. Februar). *Demokratie braucht Volksabstimmungen! - Albrecht Glaser - AfD-Fraktion im Bundestag*. [Video]. Youtube. <https://www.youtube.com/watch?v=7s75ZhXUpGs>.
- Alternative für Deutschland. (2021f, 13. Februar). *Echte direkte Demokratie statt Räterepublik!* AfD Kompakt. <https://afdKompakt.de/2021/01/13/echte-direkte-demokratie-statt-raeterepublik/>.
- Alternative für Deutschland. (2021g, 26. Februar). *Die Bürger sperrt man ein, aber Migranten reisen ungehindert! - Martin Hess - AfD-Fraktion*. [Video]. Youtube. <https://www.youtube.com/watch?v=ZwnFCxsGegs>.
- Alternative für Deutschland. (2021h, 16. Januar). *Während deutsche Staatsbürger an einer „Corona-Leine“ angebunden werden und sich bei hoher Corona-Inzidenz nur in einem Umkreis von 15 Kilometern*. [Bild]. Instagram. <https://www.instagram.com/p/CKHRayfqRfv/>.

- Alternative für Deutschland. (2021i, 10. April). *AfD-Kampagnenfilm 2021: Es gibt da eine Partei, ...* [Video]. Youtube. <https://www.youtube.com/watch?v=Gg9qeVYBL2U>.
- Alternative für Deutschland. (2021j, 9. April). *Jörg Meuthen und Tino Chrupalla zur Bundestagswahlkampagne der AfD 2021*. Alternative für Deutschland.
- Dulig, M. [@MartinDulig]. (2020, 21. November). *Danke für friedlichen Protest gegen Corona-Leugner, Egoisten und Demokratieverächter #le2111. Leipzig hat sich trotz Übergriffen von Querdenkern und Neonazis erfolgreich gewehrt. Danke an Behörden, die Auflagen konsequent durchgesetzt haben.* [Tweet]. Twitter. <https://twitter.com/MartinDulig/status/1330228232839376896>.
- ZDF. (2020, 30. November). *Die AfD und Corona*. [Video]. ZDF. <https://www.zdf.de/politik/standpunkte/bericht-vom-parteitag-der-afd-in-kalkar-die-afd-und-corona-100.html>.

